

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 36 B

BERLIN • Freitag, den 12 Februar 1932

1. JAHRGANG

Arbeiterstimmen zur Präsidentenwahl.

Organisierte oder „freie“ Aktion?

F. M. Zwickau, 9. Februar.

Auf einer öffentlichen ISK-Versammlung wurde hier gegen den Vorschlag des ISK zur Präsidentenwahl eingewandt, der Vorschlag enthalte einen taktischen Fehler; den nämlich, daß in ihm zur Bildung eines Komitees aufgerufen werde, welches einen geeigneten gemeinsamen Kandidaten ausfindig machen soll. Die gesamte Arbeiterschaft bis tief hinein in die Reihen der SP und KP sei mit dem größten Mißtrauen gegen alle sogenannten „Einheits“-Komitees und Kampf-Ausschüsse erfüllt: diese hätten sich bisher stets als bloße Propagandastätten für die eine oder andere Partei entpuppt. Auch der Vorstand des ADGB sei schon zu stark mit der SPD verflocht, als daß er ein solches Komitee unparteiisch leiten könnte. Faßt alle Teilnehmer an der Versammlung waren der Auffassung, daß es nicht gelingen werde, SP- und KP-Führer zu einer so sachlichen Aussprache zusammenzuführen, wie es die Behandlung dieses Vorschlags erfordere. Dagegen seien die Arbeiter in den Betrieben, auf den Stempelstellen und auch in Versammlungen, in Versammlungen, wo sie unter sich sind (unsere Ver-

sammlung war ein treffendes Beispiel dafür), längst einig. Ein Zusammengehen werde nur von den Führern verhindert. Dieses Hindernis könne bei der Präsidentenwahl überwunden werden, wenn der Arbeiterschaft ein Kandidat genannt würde, zu dem sie Vertrauen hat. Zu einem solchen Vorschlag könnten die Arbeiter unabhängig von ihren Führern Stellung nehmen, wenn es sein müßte, gegen ihre Führer.

Als ein geeigneter Kandidat wurde aus der Versammlung, in der kein SAP-Anhänger anwesend war, GEORG LEDEBOUR genannt. Er sei heute zwar Mitglied der SAP, sei aber weiten Arbeiterkreisen, auch in der SP und in der KP, als selbstloser Kämpfer für den Sozialismus bekannt. (Auch wir sind dieser Ansicht; aber wir meinen, daß es gerade im jetzigen Stadium der Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion nicht nützlich ist, den Streit um das Prinzipielle: die Einheitsfront, abzugeben auf den Streit um Personen — womit den Feinden der Einheitsfront am besten gedient wäre.)

Irgend welche an der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten interessierte Menschen sollten sich der Zustimmung LEDEBOURS versichern und eine Wahlparole für ihn

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

AUS DEM INHALT:

Französisch-japanisches Bündnis?
Recht der Frauen auf Arbeit.
Neuer Kandidat der Harzburger?
Herr Groener zerstreut Zweifel.
Steuern und Sozialpolitik in USA.

Klasse gegen Klasse.

Von Gustav Heckmann.

Die Kommunistische Partei hat den Vorschlag des ISK, im Wahlkampf um den Präsidenten einen Einheitskandidaten der Arbeiterschaft aufzustellen, in einem Leitartikel der „Roten Fahne“ (vom 9. Februar) abgelehnt, zwar nicht ausdrücklich mit Worten, aber eindeutig durch ihr Verhalten: sie hat den Vorschlag nicht einmal erwähnt, sondern propagiert nach wie vor die Parteikandidatur THÄLMANN als diejenige, durch die die Klassenfront in diesem Wahlkampf aufgerollt werde. Die KP verschweigt, daß ihr im Interesse einer einheitlichen Aktion der gesamten Arbeiterklasse begründete Bedenken gegen die Kandidatur THÄLMANN mitgeteilt worden sind, daß ihr ein konkreter Vorschlag gemacht worden ist, wie in dieser Wahl eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse durchgeführt werden kann, ein Vorschlag, für dessen Durchführung es auch jetzt, nach der Aufstellung THÄLMANN, noch nicht zu spät ist. Wir wissen also jetzt, daß die Einheitsfront in diesem Wahlkampf nur gegen den Wunsch der Leitung der KP aufgebaut werden kann.

Wir werden nicht ruhen, unseren Kräften entsprechend daran zu arbeiten.

Im Interesse des Aufbaus einer Einheitsfront sind wir daran interessiert, Gegengründe gegen unsere Politik kennen zu lernen und zu prüfen. Denn wir glauben, daß die Verständigung über die Taktik unseres Kampfes, eine Verständigung durch Gründe, ein wesentlicher Baustein für die Einheitsfront ist. Deswegen will ich die Taktik der KP in der Frage der Präsidentenwahl und damit überhaupt die sogenannte Einheitsfront-Taktik der KP prüfen.

Was die KP tut, liegt klar: sie gibt eine Parole aus — in diesem Falle: Wählt THÄLMANN! —, bestürmt mit ihr die Köpfe, „begründet“ diese Parole mit einer Flut von Worten wie „rot“, „Einheit“, „Klasse“ — Worte, die im Munde der KP zu bloßen Schlagworten geworden sind. (Daß diese Worte zu Schlagworten geworden sind, werde ich gleich an Beispielen zeigen.) Gegengründe gegen ihre Taktik überhört die KP mit sturer Unnachgiebigkeit. Nichts von der LENINSCHEN Haltung gegenüber Arbeitern und Bauern: „nicht majorisieren, sondern überzeugen!“ Im Gegenteil: nicht überzeugen, sondern majorisieren, mit allem Aufwand an Suggestion — das ist heute kommunistische Propaganda. Die Folge kann keine andere sein als die Errichtung einer Front nahezu ausschließlich blinder Nachläufer des ZK. Nichts anderes ist die „rote Einheitsfront“.

Die KP aber gibt dieser Front die Bezeichnung „Klasse gegen Klasse“. Was denkt sie sich dabei?

In dem erwähnten Leitartikel der „Roten Fahne“ heißt es: „Die Klasse der Kapitalisten mit der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten als Stütze auf der einen Seite, die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des arbeitenden Volkes, die unteren Angestellten und Beamten, die Kleinbauern und der städtische werktätige Mittelstand, diese ganze Front des arbeitenden Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei auf der anderen Seite. . . . Die Front der Ausgebeuteten und Unterdrückten steht . . . unter der Führung des roten Arbeiterkandidaten THÄLMANN.“ (Hervorhebungen von mir. G. H.) Die entscheidende Täuschung geschieht mit Hilfe der Worte „die Sozialdemokratie“. Wer ist die Sozialdemokratie?

Neues Elend.

r Herne, 10. Februar.

Die Flottmann A. G., Herne i. W., hat bei der zuständigen Behörde die Entlassung von 200 Arbeitern beantragt.

f. Kattowitz, 10. Februar.

Der Demobilisierungskommissar beschäftigte sich erneut mit Entlassungsanträgen der Eisenhütten. Die Falva-Hütte erhielt die Genehmigung zur Entlassung von 160 Arbeitern. 750 Arbeiter werden für zwei Monate beurlaubt. Auf der BISMARCK-Hütte dürfen 340 Arbeiter entlassen werden, während 1000 Arbeiter für zwei Monate zu beurlauben sind. Weitere Entlassungsanträge liegen dem Demobilisierungskommissar von der Königshütte vor. Die Entscheidung über das Schicksal der Falva-Hütte (völlige Stilllegung?) ist immer noch nicht endgültig gefallen.

Die Rybnicker Steinkohlengesellschaft forderte vom Demobilisierungskommissar die Zustimmung zur Stilllegung der CHARLOTTE-Grube, in der 2000 Arbeiter und 1000 Beamte beschäftigt werden. Desgleichen soll die BLÜCHER-Grube mit 1700 Arbeitern stillgelegt werden.

f. Siegen, 10. Februar.

Die Gewerkschaft „Pfannenberger Einigkeit“ in Neunkirchen, Bezirk Arnsberg i. W., hat der gesamten Belegschaft zum 15. Februar gekündigt, da die Grube stillgelegt werden soll. Falls die beantragte verkürzte Sperrfrist nicht genehmigt werden sollte, erfolgt die Entlassung der Belegschaft zum Monatschluß. Die Grube beschäftigte früher durchschnittlich 700 Mann, eine Belegschaft, die allerdings schon in den letzten Monaten erheblich verringert worden war. Es wurde hauptsächlich Eisenstein gefördert.

Vom Kriegsschauplatz im Fernen Osten.

Alarmmeldungen des „Daily Express“.

„Daily Express“ erklärt den japanischen Widerstand gegen die Friedensverhandlungen mit einem Geheimabkommen zwischen Japan und Frankreich. Dafür spreche auch das Anziehen der Aktien der französischen Rüstungsindustrie. Man glaube, daß die japanischen Aufträge zu Munitionslieferungen durch den französischen Handel finanziert würden. Auch die japanfreundliche Haltung PAUL BONCOURS sei aufgefallen. Falls das Bestehen eines Geheimvertrages zwischen Frankreich und Japan sich nachweisen läßt, wonach Frankreich die japanische Politik in der Mandchurei und in den Vertragshäfen gegen entsprechende Unterstützung und in den französischen Standpunktes durch Japan in Genf und

Europa billigt, so sei zu befürchten, daß Washington einen ähnlichen Vertrag mit China zum Schutze seiner dortigen Interessen abschließen werde. Diese Fragen würden hinter den Kulissen der Diplomatie sorgenvoll erörtert.

Vergebliche Landungsversuche von Japanern.

Es ist den Chinesen gelungen, die Landungsversuche der japanischen Truppen durch starkes Maschinengewehrfeuer abzuwehren. Die Japaner werden am Mittwoch ihre Landungsversuche wiederholen. Die Chinesen ziehen sehr starke Truppen bei Schanghai zusammen; über die Provinz Schantung ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Japaner bombardierten am Mittwoch zum ersten Male den Kiangwan-Bahnhof und die Kiangwan-Forts, wo sich die chinesischen Truppen zusammengezogen haben. Die Chinesen antworteten zunächst mit heftigem Artilleriefire. Später stiegen mehrere chinesische Flugzeuge auf und überschütteten die japanischen Bombenflugzeuge mit Maschinengewehrfeuer, bis sich diese zurückzogen.

Die Verhandlung um die Schaffung neutraler Zonen werden — bisher erfolglos — fortgeführt.

Waffentransporte nach Japan.

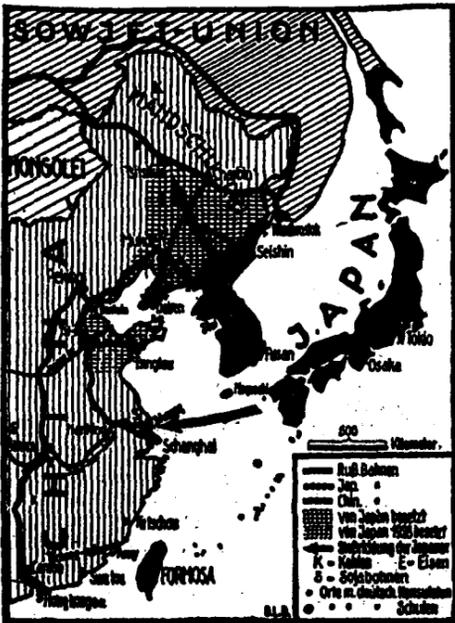
USA liefert große Mengen von Waffen und Munition nach Ostasien. Ein Antrag eines Abgeordneten auf Verbot dieser Ausfuhr soll von STIMSON zurückgestellt worden sein.

Japan soll in Polen gewaltige Waffen- und Metallbestellungen gemacht haben.

Auch hier drängt sich die Frage einer einheitlichen Aktion der Arbeiter auf: der Munitionsherstellungsarbeiter und der Transportarbeiter.

Japans Standpunkt in Genf.

Auch der Vertreter der kriegführenden Macht Japans, die ohne Kriegserklärung mordet, MATSUDAIRA, hat zur Abrüstung seine Vorschläge in Genf vorgetragen. Es erübrigt sich, auf diese Vorschläge einzugehen.



Entweder es ist die SP mit den Massen ihrer Mitglieder und Anhänger. Dann steht auf der anderen Seite nicht die Arbeiterklasse, nicht die ganze Front des arbeitenden Volkes. Vielmehr steht dann die Mehrheit der Arbeiterklasse in der Front „der Kapitalisten und der Sozialdemokratie“.

Oder die Sozialdemokratie ist die Führung der SP, die dem Klassenkampf abgeschworen hat, damit objektiv der Bourgeoisie dient, objektiv in einer Front steht mit den Kapitalisten. Dann steht zwar auf der anderen Seite die Arbeiterklasse u. s. w., aber keineswegs „unter der Führung des roten Arbeiterkandidaten THÄLMANN“, ja nicht einmal als Front, d. h. nicht als einheitlich organisierte Masse, die einen Willen verkörpert. Die „Front der Ausgebeuteten und Unterdrückten“, die Einheitsfront, „steht“ überhaupt nicht.

Dieser für die Stärke des Klassenfeindes entscheidende Umstand wird von dem unglaublich plumpen Schematismus der KP gar nicht erfaßt. Entsprechend plump ist ihre Auffassung der Taktik „Klasse gegen Klasse“.

Was bedeutet dieser unklare Ausdruck als taktische Parole?

Wenn die Auffassung der KP zuträfe, wenn die „Front der Ausgebeuteten und Unterdrückten“, „die ganze Front des arbeitenden Volkes“ stünde, und zwar als eine von einer Partei geführte Front, so wäre der Sinn der Parole „Klasse gegen Klasse“ die Aufforderung zur geschlossenen Aktion der Arbeiterklasse unter der Führung dieser Partei.

Aber diese Einheitsfront besteht nicht. Die KP, die einzige große Partei in Deutschland, die das Ansehen einer revolutionären Partei der Arbeiterschaft genießt, hat trotz der Erschütterungen des Kapitalismus durch die Krise die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht davon überzeugt, daß sie zur Führung des Kampfes Klasse gegen Klasse berufen ist. Vielmehr steht ein riesiger Teil der deutschen Arbeiterschaft noch im Banne klassenkampffindlicher Ideologien: der faschistischen und der demokratisch-reformistischen.

Jede Partei, die unter diesen Umständen die Arbeiterklasse auffordern würde, unter ihrer Führung in Aktion zu treten, würde das lächerliche Schauspiel bieten, das die KP seit Jahren in ermüdender Weise wiederholt.

Heute kann die Parole „Klasse gegen Klasse“ vernünftigerweise noch kein Signal sein, sondern erst eine Aufgabe bezeichnen, die Aufgabe nämlich, die Klassenfront, die ganze Front des arbeitenden Volkes erst aufzubauen.

Zu diesem Aufbau gehört sicher eins: in der Arbeiterschaft den zerstörten Glauben an die Möglichkeit erfolgreichen, geschlossenen (klassenmäßigen) Handelns wieder lebendig zu machen und mehr und mehr zu festigen. Dies wird gelingen nur dadurch, daß Millionen Arbeiter erfahren, wie geschlossene Aktionen erfolgreich durchgeführt werden. Auf solche Erfahrungen brauchen wir nicht zu warten, dürfen wir nicht warten; wir können und müssen sie schaffen, indem wir jede Gelegenheit benutzen, sinnvolle gemeinsame Aktionen zustande zu bringen.

Das können bei der tiefgehenden Uneinigkeit in allen etwas schwierigeren Fragen des Klassenkampfes zunächst nur sehr einfache Aktionen sein, unbestreitbar nützliche, unbestreitbar mögliche, mit äußerst einfachen, konkreten, bestimmten Zielen und einem klaren Wege zur Verwirklichung; kurz: Aktionen, die die Klasse, die ganze Klasse versteht, in allen ihren Schritten versteht, so daß sie sie bewußt miterlebt. Aufrufe aber wie der zur Errichtung eines freien Sowjet-Deutschlands sind für diesen Zweck äußerst ungeeignet, aus dem einfachen Grunde, weil sie weit davon entfernt sind, von der Klasse, auch nur an-

nähernd der ganzen Klasse, verstanden zu werden — abgesehen davon, daß diese Parole zunächst so unbestimmt ist, daß keiner sie verstehen kann.

Die genannten Bedingungen, die wir heute für Einheitsfront-Aufgaben stellen müssen, sind gegeben bei der Aufgabe, den Posten des Reichspräsidenten mit einem Vertreter der Arbeiterschaft zu besetzen. Daß es einen Vorteil für die Arbeiterschaft bedeutet, statt HINDENBURG oder HITLER einem ihrer eigenen Vertreter die bedeutenden verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichspräsidenten in die Hand zu geben — das läßt sich bei gutem Willen nicht bestreiten; streiten mag man über die Größe dieses Vorteils. Bei gutem Willen ist es auch leicht, sich über die Mittel zur Lösung dieser Aufgabe zu ver-

Arbeiterstimmen zur Präsidentenwahl.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

herausgeben. Dann könnte jeder sich in Gewerkschafts-, Betriebs- und anderen Versammlungen, in der Presse und auf der Straße, für ihn einsetzen. So könnte eine große freie Volksaktion entstehen, die keiner Führung durch ein Komitee bedürfte.

Die Abneigung gegen die Komitees ist nach allen Erfahrungen berechtigt. Gegen den Vorschlag der „freien“ Volksaktion erheben sich aber eine Reihe Bedenken.

1. Die Parteiapparate der SP und KP wären wohl stark genug, eine solche Aktion ins Keime zu erstickten.

2. Wer finanziert die Propaganda? Wenn man sich bei der Aktion von den Leitungen der großen Organisationen „frei“ halten will, bleibt nur die Schaffung eines Wahlfonds durch Herausgabe von Sammellisten übrig, wofür aber wieder ein Komitee oder eine Partei verantwortlich zeichnen müßte.

Wir mögen uns also drohen wie wir wollen: irgend eine Art der Organisation ist für eine solche Aktion nötig.

Welches Komitee oder welche Organisation hat heute das hierfür erforderliche Vertrauen der Arbeiterschaft? Die freien Gewerkschaften besitzen immer noch das Vertrauen des größten Teils der organisierten Arbeiterschaft. Aber bis heute haben sie noch nicht die Initiative ergriffen, die geforderte Aktion einzuleiten. Werden sie es tun? Oder werden sie die Chancen, die heute noch bestehen, verstreichen lassen? Alle Anzeichen sprechen dafür. Es steht aber bei allen Kollegen, keine Gewerkschaftsversammlung oder sonst geeignete Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne den hier entwickelten Vorschlag zu propagieren und so die Gewerkschaftsführung zu drängen, endlich die Initiative zu ergreifen.

Die Gangbarkeit dieses Weges wird durch den folgenden Bericht beleuchtet.

E. S. Göttingen, Anfang Februar.

In einer vor kurzem vom ISK veranstalteten öffentlichen Aussprache stand die Frage der Einheitsfront bei der Präsidentenwahl zur Diskussion. In der Versammlung herrschte Einmütigkeit sowohl darüber, daß die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der gesamten Arbeiterschaft wünschenswert sei, als auch darüber, daß ein solcher Kandidat Aussicht läßt, gewählt zu werden.

Die Schwierigkeit wurde allein darin erkannt: Wie schaffen wir diese Einheitsfront? Alles kommt darauf an, daß die Arbeiterschaft nicht von vornherein wegen ihrer parteipolitischen Zerrissenheit auf die Bemühung um die Einheitsfront verzichtet.

Es gelang in der Versammlung den Geist des Pessimismus zu besiegen. Die anwesenden Genossen verpflichteten sich zur Werbung für die Einheitsfront in den Betrieben und in den Gewerkschaftsversammlungen. Außerdem wurden einige Genossen bestimmt, die mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells und einigen Verbandsvorsitzenden den Vorschlag persönlich durchsprechen sollten.

Ein schöner Erfolg der Versammlung zeigte sich schon zwei Tage später in der Generalversammlung des Eisenbahnerverbandes, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, den Hauptvorstand zu veranlassen, die Durchführung des Vorschlages des ISK in die Wege zu leiten. (Siehe „Funke“, Nr. 28, vom 3. Februar.)

Brandt schiebt die Zeitungsberge durcheinander. „Wenn man die Pariser Presse hier liest, kann man allerdings zweifeln! Manche Herren reden vom kommenden Krieg wie von einem Bundesschießen!“ Der Zorn springt aus seinen müden Augen.

„Schluß machen!“ sagt Rhée leise und eindringlich.

„Ich bleibe auf meinem Posten, bis der letzte Strang gerissen ist!“

„Schluß machen, Brandt! In diesem verkalkten Kabinett dringen Sie doch nicht durch. Sie setzen nur Ihren guten Namen aufs Spiel! Die Massen werden an Ihnen irre, wenn Sie solche Politik decken! Und was bedeutet für uns Ihr Name, Brandt! Gehen Sie nur durch die Straßen. Seit Ihrer Rückkehr haben alle Menschen ein verklärtes Lächeln im Gesicht. Man glaubt an Sie wie an einen Messias.“

Brandt erhebt sich. „Die Leute sollten das besser sein lassen“, sagt er mit leiser Ironie. „Wenn ich jetzt abtrete, hat Frankreich binnen zwei Stunden ein Rechtskabinett, richtiger: Kriegskabinett! Ich darf einfach nicht das Feld räumen...“ Er geht mit schweren Schritten auf und nieder.

Rhée saugt mit ihren Blicken die Gestalt und jede Bewegung des Mannes ein. Sie bemerkt die tiefen Falten zwischen Mund und Nase, die vor drei Tagen noch nicht da waren; sie betrachtet heimlich die hervortretenden Schläfen, hinter deren Haut man das arbeitende Gehirn wahrzunehmen meint. Ist er nicht plötzlich um zehn Jahre älter geworden? Rhée streichelt in Gedanken den Kopf, den sie verehrt, weil er eine seltsame Mischung ausstrahlt: Güte und Rücksichtslosigkeit, wägende Reife und Feuerelement, bittersten Hohn und keuschen Ernst. Atmosphäre des einsamen Menschen, der sich allein verpflichtet fühlt. — Mit schwingendem Rücken geht Rhée auf ihn zu, legt in verhaltener Zärtlichkeit ihre Hand auf seinen Arm. „Sie halten es doch nicht auf, lieber Freund. Heute oder später — der Kampf ist unvermeidlich. Lassen Sie die Krise, so schrecklich sie Ihnen scheint, in Gottes und des Teufels Namen ausbrechen! Die Welt bekommt nicht eher Ruhe, als bis Europa von andren, würdigeren Händen gepackt wird. Nichts wäre schlimmer, als wenn plötzlich die Kriegsapostel hüben und drüben zum Rückzug bliesen.“ Ohne sichtbare Erregung hat sie gesprochen, eher zart und besinnlich.

ständigen. Kurz: es handelt sich um eine Aktion, an der die gesamte Arbeiterschaft bewußt und planmäßig, nicht blind, teilnehmen könnte.

Der „Klasseninhalt der Präsidentschaftswahlen“, den die KP mit der die Klassenfront ausschließenden Parteikandidatur THÄLMANNS aufzuzeigen behauptet, der Klasseninhalt der vorgeschlagenen einheitlichen Aktion liegt nicht in ihrem unmittelbaren Erfolg, sondern darin, daß eine solche Aktion den Anfang einer Klassenpolitik bedeuten würde; einer Politik, die von der Klasse verstanden wird, und der die Klasse folgt. Ein solcher Schritt würde Millionen heute deprimierter und erlahmter Arbeiter von der Möglichkeit eines sinnvollen gemeinsamen Kampfes durch Erfahrung überzeugen.

Die „Stahlhelmführer“ beim Reichspräsidenten.

d Berlin, 10. Februar.

Heute mittag gegen 12.15 Uhr wurden die „Stahlhelm“-Führer SELDTE und DUESTERBERG vom Reichspräsidenten empfangen.

Über den Besuch der „Stahlhelm“-Führer beim Reichspräsidenten wird, da es sich um eine rein persönliche Unterhaltung gehandelt hat, keine amtliche Mitteilung ausgegeben.

Neuer Kandidat der Harzburger.

d Berlin, 10. Februar.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands sehen mit tiefem Bedauern, daß der nationale Name HINDENBURG von den Parteien, die ihn vor sieben Jahren auch unter Hinweis auf sein Alter geschmäht haben, jetzt für ihre internationalen, pazifistischen und atheistischen Parteiziele noch weiter mißbraucht werden soll, als es leider bisher schon geschehen ist. Wir selbst halten das Zusammengehen mit ULLSTEIN, MOSSE und „Vorwärts“ für nationalen Selbstmord.

„Stets haben wir uns für einen gemeinsamen Kandidaten der Harzburger Front eingesetzt und treten daher auch heute noch nachdrücklich hierfür ein.“

Beleidigungsprozeß von Harnack-Duesterberg.

g Halle, 10. Februar.

Der sozialdemokratische Merseburger Regierungspräsident ERNST VON HARNACK war am 28. September vorigen Jahres vom Amtsgericht Halle wegen öffentlicher Beleidigung des 2. Bundesführers des „Stahlhelms“, Oberstleutnant DUESTERBERG, zu einer Geldstrafe von 100 Mark, ersatzweise zehn Tage Haft, verurteilt worden. Gegen dieses Urteil war vom Angeklagten Berufung eingelegt worden, die von der Strafkammer Halle am Mittwoch verworfen wurde.

Herr VON HARNACK hatte anlässlich des Kampfes gegen das Youngplanvolksbegehren in einer politischen Rede im Volkspark am 16. Januar 1930 von DUESTERBERG gesagt, jedermann freue sich darüber, daß „dem rauhbeinigen „Stahlhelm“-feldwebel etwas auf die Finger geklopft worden sei“, ferner wirke DUESTERBERG im Vergleich zu SEVERING, „als wenn sich ein Pintcher gegen den Montblanc stelle“. An anderer Stelle hatte HARNACK in dieser Rede erklärt: „Wer diesen Menschen (DUESTERBERG) schmähe, der müsse in Aller Achtung steigen.“

„In Aller Achtung steigt“, wer gegen DUESTERBERG kämpft. Viel besser als durch Schmähungen kann man das z. B. dadurch erreichen, daß man für einen Gemeinschaftskandidaten der Arbeiterschaft für die Präsidentenwahl eintritt und auf seinen Adelstitel verzichtet. Insbesondere, wenn man sozialdemokratischer Regierungspräsident ist.

Im übrigen wäre kein Nationalist verurteilt worden, wenn er Worte gegen die Republik gebraucht hätte, wie sie VON HARNACK gegen DUESTERBERG angewandt hat.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pabelreiter-Verlag, Berlin

(35. Fortsetzung.)

Rougemont zuckt die Achsel und schweigt. Er denkt: Minister kommen und gehen, unsreins ist Beamter des Staates und bleibt. Man muß mit den Wölfen heulen.

Laroque tritt aus dem Arbeitszimmer heraus. Steuert quer durch das Vorzimmer. Paumier will ihn aufhalten. „Bitte ein Wort, Herr Laroque. Gratuliere zum großartigen Flug. Hoffen, Ihr Chef enttäuscht uns jetzt auch als Politiker nicht!“

Laroque hemmt fünf Sekunden seinen Schritt, sieht den Abgeordneten spöttisch an. „Minister Brandt bereitet gerade einen Gesetzentwurf vor, dem er morgen der Kammer vorlegen will: Jeder Abgeordnete, der für Krieg plädiert, wird ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheit einem Sturm-bataillon eingereiht, das als erste Truppe an den Feind geworfen wird!“ Er schlägt dem Verblüfften die Tür vor der Nase zu.

Lobert lacht aus vollem Halse: „Dann ist der ewige Frieden gesichert!“

Paumier wütet mit den Stilaugen: „Mit dieser Sorte Herren werden wir schon noch fertig...“

Rhée Landrux beugt ihren Kopf nahe zu Brandt hin. „Wir haben bis zu Ihrer Landung die Minuten gezählt! Alles ist vorbereitet, so wie es in Ihrem Aktionsplan vorbereitet war. Mit den Komitees in Berlin, London, Warschau und Wien ist die Verbindung durch Fliegerkurier hergestellt. Hoffentlich ist unser Mailänder Kurier nicht abgefaßt worden! Unsere geheimen Funkstationen stehen in Bereitschaft. Es ist doch kein Zweifel, daß der Krater platzt!“ Ihr heißer Atem schließt an seinem Gesicht vorbei.

Brandt fährt brütisch auf. „Träumen Sie? Wir sollen den Krieg herbeiwünschen, nur damit wir die Genugtuung haben, ihn zu erdrosseln?“

„Zehn Jahre haben Sie geschuftet, um Ihre herrliche Organisation aufzubauen...“

„Jawohl! Aber nicht zu dem Zweck, eine verbrecherische Kraftprobe zu inszenieren!“ erwidert er rücksichtslos. „Die ‚Union‘ hat andre Aufgaben zu erfüllen. Ohne Not entfessele ich keinen Orkan. Die Aktion der Völkermassen gegen den Kriegsausbruch muß letzte Zuflucht sein, letzte Notwehr, verstehen Sie mich? Es ist verdammt leicht, Massen in Bewegung zu setzen, aber keiner kann voraussagen, wohin sich der Strom ergießt!“

Rhée zwingt sich Beherrschung ab. „Es war immer Ihr inbrünstiger Wille, der geheiligten Institution des Krieges die verlogene Maske vom Gesicht zu reißen“, entgegnete sie ganz ruhig, nur ihre Pupillen tanzen und flackern.

„Aber nicht zur Befriedigung von Eitelkeiten, meine Liebe! Ich mache keine nichtswürdigen Experimente. Sie wissen, ich hasse Gewalt in jeder Form, ich verabscheue jedes Chaos, ich verachte Wüstheit und dumpfe Tierinstinkte. Es wird keinen Krieg geben, solange ich atmen kann. Noch weniger zerre ich ihn herbei, um meine Macht zu erproben. Sie, liebe Landrux, sollten mich am besten verstehen! Seit fünf Jahren sind Sie meine treueste politische Gefährtin!“

Sie sieht ihn mit flimmernden Augen an. Es wird ja doch alles so kommen, wie sie es mit glühendem Herzen begehrt! Um dieses Mannes willen begehrt! Der Tag muß nahe sein, wo Léon Brandt in Frankreich kommandiert! Vielleicht in Europa! Sie streckt ihm plötzlich lachend die Hand hin: „Brandt, auf mich können Sie sich verlassen! Bis zum letzten Fetzen meiner weißen Haut, wenn's sein müßte!“

Jetzt hat auch Brandt unversehens sein gütvolles Strahlen wieder. Ein gutes, warmes Wort drückt ihm immer den erhobenen Degen nieder. „Also gut. Was wir jetzt tun, ist Vorbereitung. Nicht mehr. Ich habe heute nacht mit Broucq bereits das Wichtigste besprochen...“

Rougemont öffnet die Tür: „Der englische Botschafter bittet um eine Unterredung.“

„Ja, bitte Sir Rugby eintreten zu lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Kabinettsitzung über die Bankenfrage.

d Berlin, 10. Februar.

Nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf tritt das Reichskabinett heute nachmittag um 16.30 Uhr zur Beratung der Bankenfrage zusammen. (Es handelt sich hierbei um die Frage, was mit den vom Reich gestützten Banken, der Darmstädter und Nationalbank und der Dresdner Bank, geschehen soll. Die Red.)

Entgegen den Blättermeldungen ist an zuständiger Stelle von einer Einigung zwischen Preußen und dem Reich über den Fehlbetrag im preußischen Haushalt nichts bekannt. Die Verhandlungen hierüber gehen weiter.

Verfehlte Politik wegen der Auslandskredite.

d Berlin, 10. Februar.

Der Reichsstädtebund teilt mit: Unter den dauernd steigenden Wohlfahrtslasten leiden besonders die rheinischen Städte so stark, daß ihnen unverschuldet u. a. auch die Zahlung der nachträglich erhöhten Provinzialumlage sowie der Zins- und Tilgungsraten für die Kredite der Landesbank der Rheinprovinz nicht immer möglich ist. Im Hinblick hierauf hat der preußische Minister des Innern angeordnet, daß bei Nichtzahlung von Zins- und Tilgungsraten für Kredite der Landesbank entsprechende Anteile der der betreffenden Stadt zustehenden Reichssteuerüberweisungen einzubehalten seien. Der Reichsstädtebund hat den preußischen Innenminister wiederholt darauf hingewiesen, daß durch ein solches Verfahren die Notlage dieser Städte nur noch weiter verschärft und es ihnen unmöglich gemacht wird, die Wohlfahrtsunterstützungen auszuführen, wenn ihnen nicht neue Zuweisungen aus dem staatlichen Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden. Der Reichsstädtebund hat gleichzeitig rechtliche Bedenken gegen das vom Innenminister gebaute Verfahren geltend gemacht, da die Städte nach dem Finanzausgleichsgesetz einen Anspruch auf die danach berechneten Ueberweisungssteuern haben, deren Einbehaltung nur im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen möglich ist, d. h. wenn ein Fall der Aufrechnung nach den Bestimmungen des BGB vorliegt. Eine solche Voraussetzung liegt hier aber nicht vor. Die Städte haben einen Anspruch gegen den Staat, der Gegenanspruch auf Zins- und Tilgungsbeträge steht aber nicht diesem, sondern einem Dritten, der Landesbank für die Rheinprovinz. zu. Schwere finanzpolitische Bedenken erhebt der Reichsstädtebund auch gegen die Bevorzugung der Landbank anderen Gläubigern der Städte gegenüber, denn die Städte haften jedem ihrer Gläubiger mit ihrem gesamten Vermögen und ihrer Steuerkraft.

Der preußische Innenminister greift in diesem Fall deshalb so scharf durch, weil die Landesbank der Rheinprovinz sehr stark an das Ausland verschuldet ist. Diese Bevorzugung der Auslandsgläubiger — zu Lasten der Wohlfahrtsempfänger — ist gänzlich unberechtigt und liegt auch in Wahrheit nicht im Interesse des deutschen Auslandskredits. Wir haben hier ein Beispiel für das wirtschaftspolitische Problem, das wir in unserem Leitartikel vom 10. Februar behandelt haben.

Wer bei der Wohlfahrt wohlfährt!

Erlebnisse eines Erwerbslosen.

W. F. Viereinhalb Wochen waren verstrichen, seitdem ich einen Antrag auf Erwerbslosen-Unterstützung gestellt hatte. Er war noch nicht entschieden, weil Unterlagen vom Arbeitsamt Berlin ausstanden. Da ich vorher keinen Verdienst hatte

Baum gegen Frick.

s Weimar, 10. Februar.

Der Vorsitzende des Thüringer Kabinetts, Staatsminister BAUM, nimmt in einer Erklärung Stellung zu der Bemerkung des ehemaligen Ministers FRICK, daß die Thüringer Regierung seinerzeit durchaus kein Verständnis dafür gezeigt habe, die Frage der Einbürgerung HITLERS von sich aus im „deutschen Sinne“ zu erledigen, so daß ihm, FRICK, nichts anderes übrig geblieben sei, als selbst die Lösung zu versuchen. BAUM erklärt: „Ich habe damals dem Herrn Dr. FRICK gegenüber, als dieser in einem persönlich geführten Gespräch den Wunsch auf Einbürgerung des Herrn HITLER in Thüringen berührte, die Berechtigung des Wunsches unumwunden anerkannt. Allerdings habe ich Herrn Dr. FRICK, als dieser mit dem Gedanken der Berufung des Herrn HITLER in ein bei der Staatlichen Hochschule für Baukunst, bildende Künste und Handwerk frei gewordenes Amt hervortrat, auf die im Kabinett zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen. Die darauf von Staatsminister Dr. FRICK an mich gestellte Zumutung, gemeinsam mit ihm, unter Ausschaltung des Kabinetts, Herrn HITLER ein Staatsamt zu übertragen, habe ich zurückgewiesen. Es geschah dies vor der Kabinettsitzung vom 15. April 1930, in der mit Stimmenmehrheit die Antwort auf eine Kleine Landtagsanfrage, wie bekannt, dahin festgestellt wurde, daß es das Staatsministerium ablehne, Herrn HITLER die Thüringer Staatsangehörigkeit durch eine Proforma-Berufung in ein Amt zu verschaffen.“ Für ihn, Minister BAUM, hätte bei einer etwaigen Einbürgerung HITLERS nur der gerade, offene, legale, der wahrhaft deutsche Weg, niemals aber eine Scheinmaßnahme in Frage kommen können.

Der wahrhaft deutsche Weg scheint schwer zu finden zu sein — der vernünftige wäre dieser: dem Ausländer HITLER, der der Mehrheit des Volkes nicht nur „lästig“ fällt, sondern der das deutsche Volk in Kredit und Ansehen furchtbar schädigt, sollte die Tür gewiesen werden. Die Einfuhr solcher Zeitgenossen „deutscher Art“ sollte man mit hohen Schutz-zöllen belegen, um so mehr als für die Hervorbringung solcher Narren die heimische Industrie völlig ausreicht.

Wer eignet sich für die Reichswehr?

Groener zerstreut Zweifel.

h Berlin, 8. Februar.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht einen Befehl des Reichswehrministers GROENER vom 29. Januar 1932. Dieser Befehl ist mit Zustimmung des Reichskanzlers Dr. BRÜNING erlassen worden.

Zweck des Befehls: „Der Wehrmacht meine Auffassung über die sogenannten Wehrverbände erneut zur Kenntnis zu bringen.“

GROENERS Auffassung über die Aufgabe der Wehrverbände: „Nur solche Wehrverbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen, und die ihre Hauptaufgabe in der körperlichen und geistigen Erziehung ihrer Mitglieder sehen. Jede militärische Betätigung der Verbände lehne ich als zwecklose Soldatenspielerlei ab. ... Die Annahme polizeilicher oder sonstiger staatlicher Befugnisse durch die Verbände werde ich stets auf das schärfste bekämpfen. ... Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Hilfspolizei, wie sie seinerzeit in den Köpfen gewisser „Reichsbanner“-Kreise spukte, oder die Organisation anderer Exekutivorgane, wie sie Herrn Dr. BEST in Hessen vorschwebte, niemals dulden. Derartige Organisationen führen letzten Endes zu „Arbeiter- und Soldatenräten oder ähnlichen Revolutionsgebilden.“

Zur Klärung der „hier und dort auftretenden Zweifel darüber, ... wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht auszuschließen sind“:

„Nur solche Bewerber dürfen abgelehnt werden, die erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen haben, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren. Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein. ... Etwas anderes ist es bei Mitgliedern von Parteien und Verbänden, die ihrem Programm oder ihrem tatsächlichen Verhalten nach gewillt sind, die Verfassung mit Gewaltmaßnahmen zu ändern. Anhänger einer solchen Richtung sind als Soldaten unmöglich. Die Entscheidung, ob eine Partei als verfassungsfeindlich in obigem Sinne anzusehen ist, ist aber durchaus nicht endgültig

und feststehend. Denn auch Parteien ändern sich in ihren Auffassungen. Die Geschichte bietet dafür eine Reihe von Beispielen. Eine Ausnahme machen solche Parteien wie die Kommunistische Partei, die in ihrem Programm die revolutionäre Gesinnung und Staatsfeindlichkeit zur dauernden Grundlage ihrer Partei gemacht haben.“

„Ein für allemal bleiben ferner von der Einstellung in die Wehrmacht ausgeschlossen: ... Mitglieder solcher Organisationen, die sich nicht scheuen, für den Kriegsfall Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht zu predigen, die im Grunde also wehrfeindlich eingestellt sind.“

Die Zerstreung „hier und dort auftretender Zweifel“ hat GROENER erheblich unterstützt dadurch, daß er gleichzeitig die Verfügung aufgehoben hat, die die Einstellung von NS in die Reichswehr verbot. Nimmt man hierzu den Aufwand an Formulierungskunst, den GROENER aufbringt, um den NS über ihre illegalen Dummheiten hinweg den Weg zur Reichswehr zu ebnen, nimmt man hinzu die Spitzen nicht nur gegen Kommunisten und Pazifisten, sondern auch gegen das „Reichsbanner“, daneben die betont höflichere Erwähnung des Herrn BEST, so sind in der Tat einige Zweifel darüber zerstreut, welche Ziele GROENER und BRÜNING mit der Reichswehr anstreben.

h Berlin, 9. Februar.

Die Bundespressstelle des „Reichsbanners“ teilt zu dem Erlaß GROENERS u. a. mit: „In diesem Befehl wird das „Reichsbanner“ in einer nicht zu verstehenden Gegenüberstellung mit den Verfassern der berichtigten Boxheimer Dokumente genannt. Ohne zu dem übrigen Inhalt des Befehls vorerst Stellung zu nehmen, verwahrt sich der Bundesvorstand des „Reichsbanners“ mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Vergleich, der von seinen Mitgliedern nicht anders als beleidigend empfunden werden muß.“

Leider macht auf Generale so etwas selten Eindruck. Wenn GROENER dafür Verständnis hätte, hätte er seinen ... Befehl bei sich behalten.

und mein Vater Invalide ist, wurde ich zur sofortigen Unterstützung dem Wohlfahrtsamt überwiesen.

Am nächsten Tage ging ich zur Hauptstelle des Wohlfahrtsamtes. Meine Verschiebung begann auf Zimmer 70 und endete auf dem danebenliegenden Zimmer 69. Obwohl beide Zimmer durch eine Tür verbunden sind, brauchte ich zwei volle Tage und mußte sechs weitere Dienststellen mehrmals aufsuchen, ehe mein Antrag auf Zimmer 69 angenommen wurde.

Der Weg war folgender: Ausgangspunkt: Hauptstelle, Zimmer 70; Verweisung an die Außenstelle, Außenstelle (eine halbe Stunde von der Hauptstelle entfernt), Geschäftszimmer; Rückverweisung an die Hauptstelle, Hauptstelle, Zimmer 23; Verweisung nach Zimmer 65, Zimmer 65, vormittags; Wiederbestellung auf den Nachmittag, Zimmer 65, nachmittags; Verweisung nach Zimmer 71, Zimmer 71; beleidigende Abfertigung, Vorräum des Dezernenten, vormittags; Wiederbestellung auf eine spätere Stunde, Vorräum des Dezernenten, mittags; Versuch, mich wieder an die Hauptstelle zurückzuschicken; Beim Dezernenten; Beschwerde; Anweisung an die Beamten, mich ordentlich abzufertigen, Zimmer 71 und Zimmer 69; Entgegennahme meines Antrages. In der Regel mußte ich ein bis eineinhalb Stunden warten, ehe ich an die Reihe kam.

Aus den Gesprächen: „Ich kann aber keine drei Wochen mehr auf die Entscheidung warten, ich brauche sofort Geld.“

„Daran kann ich nichts ändern. Melden Sie sich doch heute abend auf der Wandererarbeitsstätte um Unterkunft.“ „Waren Sie schon einmal da?“ „Nein, das habe ich ja auch nicht nötig.“

Damit ich mir einbildete, einen Antrag mit dreiwöchiger Laufzeit gestellt zu haben, gab man mir einen Auftragschein. Darauf hatte man den entscheidenden Satz: „Gegen den Antrag ist diesseits nichts einzuwenden“, schon im voraus gestrichen.

Wegen dieser Behandlung habe ich mich zweimal beim Dezernenten des Wohlfahrtsamtes beschwert. Einige Tage später — ich war volle sechs Wochen ohne Unterstützung — bekam ich als erste Zahlung — drei Mark.

Ergänzendes Redeverbot für Goebbels.

a Hannover, 10. Februar.

Das Polizeipräsidium teilte der NSDAP mit, daß GOEBBELS auch in einer geschlossenen Mitgliederversammlung für Hannover als Redner verboten sei. Die NSDAP hat sich darauf an den preußischen Innenminister, an den preußischen Ministerpräsidenten sowie an den Reichsinnenminister gewandt und in ihrem Schreiben betont, daß es sich nicht um eine Versammlung im Sinne der Notverordnung vom 28. März 1931 handelt, die angemeldet werden müsse.

Nazi-Altäre.

Der „Bayerische Kurier“, das katholische Blatt Bayerns, hat einen nationalsozialistischen Artikel ausgegraben:

„Hitler ist das A und O unserer Weltanschauung (!), ist der unverrückbare Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß eine Stätte, einen Platz haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist und unsere Gedanken ihn merkbar umkreisen können. An solcher Stätte müssen ihm auch gefreudige Hände und Herzen täglich kleine Ehrungen in Form von Blumen und Ranken darbringen, wie wir es ja mit Bildern unserer Lieben auch tun, um zu zeigen, wie lieb und wert sie uns sind.“

Ueber den Platz der Aufstellung des Altars wird gesagt:

„Einen solchen Altar errichten wir uns nicht etwa in einem abgelegenen Zimmer, sondern in den von uns am meisten benutzten Räumen, die auch fremden Menschen jederzeit zugänglich sind.“

Der „Bayerische Kurier“ erregt sich selbstverständlich darüber, daß die Nazis sich einen Altar für ihren HITLER bauen wollen, weil nur die christliche Religion angeblich die Religion sei. Der „Bayerische Kurier“ hat für diese Form von Afferreligiosität scharfe Worte gefunden. Leider hat er sich über die Fantasien des Kaplans FAHSEL über THERESE von Konnersreuth nicht so ablehnend verhalten. Was dem einen recht ist, muß doch dem andern billig sein.

Im übrigen wollen wir nicht bestreiten, daß die geplanten Hausaltäre der Nazis wirklich ein Uebermaß an Aßernheit darstellen.

Bierstreik in Hamburg.

E. K. Hamburg, 9. Februar.

Die Anordnung Dr. GOERDELERS, den Bierpreis um 4 Mark pro Hektoliter zu senken, hat bei den Hamburger Gastwirten große Empörung ausgelöst. Nachdem eine Protestversammlung des Vereins Hamburger Gastwirte aufgefliegen war, weil die Mehrheit der Anwesenden sich nicht mit bloßen Resolutionen begnügen wollte, haben sich die Nazis der Sache

angenommen. Sie beweisen damit einen gesunden Instinkt dafür, welche Schichten geneigt sind, sich der Führung dieser „Arbeiterpartei“ anzuvertrauen. Eine von den NS einberufene Versammlung, an der rund 2500 Hamburger Gastwirte teilnahmen (Hamburg hat etwa 4000 Schankstätten), beschloß fast einstimmig, am 11. Februar in den Bierstreik zu treten. Die Streikleitung, die von der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation gestellt wird, hat folgendes bekanntgemacht:

„Durch Beschluß von 2156 Groß-Hamburger Schank- und Gastwirten wird hiermit als Protest gegen die ungenügenden Regierungsmaßnahmen die Einstellung des Bierschanks für das Gebiet Groß-Hamburg angeordnet. Die angestochebenen Biervorräte dürfen bis 48 Stunden nach Inkrafttreten dieser Anordnung ausgeschenkt werden. Während der Streikzeit dürfen Bierlieferungen, gleich welcher Art, nicht angenommen werden. Jeder Schank- und Gastwirt Groß-Hamburgs hat dieser Anordnung bedingungslos Folge zu leisten und während der Streikzeit ein Schild im Lokal auszuhängen, das auf den Bierstreik hinweist. Den Anordnungen der sich durch Ausweis legitimierenden Mitarbeiter der Streikleitung hat jeder Gast- und Schankwirt zu entsprechen. Zuwiderhandelnde und Streikbrecher werden mit ihrem vollen Namenszug und genauer Angabe der Adresse sowie Lokalbenennung durch Tageszeitungen der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Diese Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.“

Zu Mitarbeitern der Streikleitung hat die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation 100 SA-Leute bestimmt. Ferner hat die Gauleitung der NSDAP befohlen, daß kein Mitglied während des Streiks auch nur ein Glas Bier trinken dürfe.

Damit die SA-Leute trotzdem ihren Durst löschen können, haben, wie der Versammlungsleiter bekannt gab, fünf Hamburger Weingroßhändler angeboten, während der Streiktag deutschen Wein schon für 75 Pfennig pro Liter zu liefern.

k Hamburg, 10. Februar.

Auch die Kommunisten haben sich für den Bierstreik ausgesprochen.

Das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit.

M. H. Das Arbeitsgericht Berlin fällt kürzlich ein Urteil, durch das der verheirateten Frau ihr vielumstrittenes Recht auf Arbeit zuerkannt wird. Eine Angestellte sollte entlassen werden, weil sie geheiratet hatte; ein anderer Grund für die Entlassung lag nicht vor. Sie ließ durch den ZdA eine Klage einreichen, die sich darauf stützte, daß die Entlassung gegen die Reichsverfassung verstieße, und eine unbillige Härte darstelle, da ihr letzten Endes nur wegen ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht gekündigt worden sei. Das Gericht hielt den Einspruch gegen die Kündigung für gerechtfertigt und verurteilte den Unternehmer zur Weiterbeschäftigung oder zur Zahlung einer Entschädigung von 1200 Mark. Es machte sich die vorgebrachte Begründung zu eigen; die Tatsache der Heirat allein dürfe nicht als Grund für die Entlassung einer Frau gelten.

Mit diesem Urteil wird dem in der Reichsverfassung niedergelegten Recht der verheirateten Frau auf Arbeit Geltung verschafft; denn Mann und Frau sollen laut Reichsverfassung im Wirtschaftsleben gleiche Rechte haben. Es ist bekannt, daß die Wirklichkeit dieser Forderung noch keineswegs entspricht, sondern daß z. B. immer noch ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen für die gleiche Arbeit an der Tagesordnung ist. So sind z. B. in der Textilindustrie oft die Akkordsätze für die Frauen um 25 bis 30 Prozent niedriger als die entsprechenden der Männer. Dies Urteil ist von grundsätzlicher Bedeutung besonders deswegen, weil heute der Kampf gegen die „Doppelverdiener“ im wesentlichen ein Kampf gegen die Beschäftigung verheirateter Frauen ist, während die wirklichen Doppel- und Vielverdiener, z. B. Großpensionäre, die nebenbei noch mehrere Aufsichtsratsposten innehaben, und andere Bezieher von Riesengehältern völlig ungeschoren bleiben. Auch wenn bei notwendig werdenden Entlassungen in bestimmten Fällen die Familienverhältnisse berücksichtigt werden müssen, geht man oft sehr einseitig nur gegen die verheirateten Frauen vor, während z. B. bei ledigen Männern die Einkünfte der Eltern nicht entsprechend in Rechnung gestellt werden. Auch innerhalb der freien Gewerkschaften werden leider oft die verheirateten Frauen schlechthin als „Doppelverdiener“ bekämpft, was schon zu „ernsten Spannungen“ innerhalb der Arbeiterschaft geführt hat, wie das Jahrbuch der Textilarbeiter für 1930 berichtet, und wodurch die notwendige Solidarität zwischen Männern und Frauen in der Gewerkschaft untergraben wird. Das vom Berliner Arbeitsgericht gefällte Urteil ist also insofern wichtig, als es der verheirateten Frau auch heute grundsätzlich ein Recht auf Arbeit zuerkennt und sie nicht ohne weiteres als „Doppelverdiener“ ausschaltet.

Kampf dem § 218!

Die Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene (Bund für bewußte Geburtenregelung), E. V., sendet uns einen „Mahnruf an alle Sexualreformer“, dem wir folgendes entnehmen:

Als besondere Pflicht betrachten wir die Zusammenfassung aller gleichgerichteten Kräfte und Organisationen zu einem schlagkräftigen kulturpolitischen Machtfaktor. Jeder Einsichtige wird kleinliche Bedenken leicht zurückstellen, wenn damit die Sexualreform gesichert wird. Alle Absichtstendenzen sollten die Pflicht zum Anschluß und zur Mitarbeit an der Bewegung erkennen; denn jeder Einzelne wird durch die rückschrittliche Kultur- und Sozialpolitik getroffen.

Liga für Mutterschutz, Sitz Berlin:
Hugo Oehlschlager, Hans Hexel.

Auch der Kampf für eine vernünftige Geburtenregelung, vor allem für die Beseitigung der Paragraphen 184 und 218 ist eine geeignete Aufgabe für eine Einheitsfront, eine Einheitsfront, die vor allem die Arbeiterschaft angeht, aber keineswegs auf die Arbeiterschaft beschränkt sein sollte.

Abbau der Krankenversicherung

Die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 enthält grundlegende Verschlechterungen der Leistungen der Krankenkassen, deren verhängnisvolle Folgen Millionen Versicherte bald spüren werden.

Allgemein bestimmt die Vierte Notverordnung, daß die Spitzenverbände der Aerzte und Krankenkassen über die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder Mantelverträge abschließen, die durch Gesamtverträge ausgeführt und ergänzt werden sollen.

Für die einzelnen Bezirke werden Arzt-Register geführt.

Die Kassenmitglieder haben unter den Kassenärzten freie Wahl, doch kann ein Kassenarzt die Behandlung in der Wohnung des Kranken ablehnen, wenn die Wohnung außerhalb seines Tätigkeitsbereiches liegt. Zur Behandlung in seiner Wohnung kann der Kranke zwischen den Kassenärzten wählen, deren Arztsitz nicht mehr als 2 km von seiner Wohnung entfernt ist. Bei Erstattung der Mehrkosten besteht freie Arztwahl.

Sehr bedenklich ist, daß in Zukunft der Arzt „die Heilmaßnahmen... wirtschaftlich zu verordnen... und die Kasse vor Ausgaben insoweit zu bewahren (hat), als die Natur seiner Dienstleistung es zuläßt“. Was heißt das? Nichts anderes, als daß die Behandlung der Kassenpatienten nicht nach medizinischen, sondern nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vor sich gehen soll. Ein Verfahren, das die Patienten mit Mißtrauen gegen Kasse und Aerzte erfüllen muß. Dies wird um so mehr der Fall sein, da die Vierte Notverordnung die Aerzte unter den stärksten Druck setzt, indem ihnen mit Schadenersatzansprüchen der Kassen gedroht wird. In Fällen, in denen von einem Kassenarzt verordnete Arznei- und Heilmittel den festgesetzten Regelbetrag überschreiten, ist der Arzt zur Erstattung des Mehrbetrages verpflichtet.

In einem harmlos klingenden Satz bestimmt die Notverordnung, daß bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung die Leistungen aus der Krankenversicherung auf die Regelleistungen beschränkt bleiben. Praktisch bedeutet das: Krankenhilfe (Krankengeld, Arzt, Arznei, Krankenhausbehandlung) darf nur noch für 26 Wochen, nicht mehr für 52 Wochen gewährt werden.

Prothesen, orthopädische Schuhe, Glasaugen dürfen nicht mehr bewilligt werden. Die Zubilligung von Krankenkost fällt fort.

Erhöhungen des Krankengeldes über den Mindestbetrag hinaus fallen fort. Ledige Versicherte in Krankenhausbehandlung erhalten kein Taschengeld mehr.

Das Sterbegeld ist verringert.

Die Dauer des Wochengeldbezuges ist auf 10 Wochen statt auf 13 Wochen, die des Stillgeldbezuges auf 12 Wochen statt auf 26 Wochen festgelegt. Es ist ausgeschlossen, das Wochengeld höher als das Krankengeld zu bemessen, den Entbindungskosten-Beitrag von 10 Mark auf 25 Mark zu erhöhen. Das Schwangerengeld ist fortgefallen.

Weiter werden die Familien-Wochenhilfe und die Familien-Krankenpflege stark beschränkt.

Bemerkenswert und besorgniserregend ist, daß dieser ungeheure Eingriff in die Rechte der Besitzlosen, aus denen sich die Millionenzahl der Versicherten zusammensetzt, in der Presse kaum erörtert worden ist.

„Freie Konkurrenz“

Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ (Nr. 2, von Ende Januar 1932) teilt mit:

„In Oelze (Thüringen) hat der „Stahlhelm“ eine Warenverteilungsstelle aufgemacht, in der offenkundigen Absicht, den Konsumverein zu schädigen. Die Arbeiter der dortigen Glashütte erhalten ein Buch, das zum Einkauf beim „Stahlhelm“ berechtigt. Die Einkaufsbeträge werden in das Buch eingetragen und am Lohn tag in der Glashütte den Arbeitern vom Lohn abgezogen. Wer nicht genügend gekauft hat, erhält zunächst einen Verweis. Natürlich entsteht die Furcht vor Entlassung bei nächster Gelegenheit. Dieser Vorgang erinnert an die schlimmste Unfreiheit der Lohnarbeiter früherer industrieller Scharfmacher.“

Zuchthausstrafen für Raubüberfall.

h Berlin, 10. Februar.

Das Schwurgericht beim Landgericht III verurteilte vier Arbeitslose im Alter von 20 bis 21 Jahren zu insgesamt 42 Jahren Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von je zehn Jahren. Die Angeklagten hatten im November in der Kösliner Straße den Sohn der Witwe KIRCHERT überfallen in der Annahme, in der KIRCHERTSchen Wohnung größere Geldbeträge zu finden. KIRCHERT wurde bei dem Überfall getötet. Die Verurteilung erfolgte wegen schweren Raubes mit Todeserfolg.

Edgar Wallace gestorben.

in New York, 10. Februar.

Der bekannte englische Schriftsteller EDGAR WALLACE ist am Mittwoch früh in Beverly Hills an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 12. Februar.

22.15 J. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet der Arbeiter-Esperantisten.

Hamburg:

18.35 J. EHRENFELD: Gewerkschaftliche Neutralität.

21.00 Historisches Hörspiel aus dem Jahre 1848.

Königs wusterhausen:

18.00 Dr. SIEGERT: Der deutsche Außenhandel in der Krise.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Kinder des Oktobers.

Sonnabend, den 13. Februar.

Berlin:

19.10 Orchester-Konzert des Funk-Orchesters.

Hamburg:

11.00 Schulfunk: Kapital und Konjunktur. Antriebs- und Hemmungskräfte in der Wirtschaftsentwicklung.

Königs wusterhausen:

18.30 Prof. WUNDT: Die geistigen Grundlagen des neuen Nationalismus.

Mühlacker:

18.40 Dr. GEORG WEGENER: Die Mandchurei.

München:

19.15 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise. (Nationalistisch. Ds.)

Wien:

21.20 Kammermusik.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Presserundschau.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2,- RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin Verlag: International Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Eindruck ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt o. B., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 63

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 67
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Wasmannstraße 10 A
5. NO 48, Lietzmannstraße 16-17

Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 3062

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Naturreiner, echter

Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75

5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-

Reformhaus

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Theoretisches Rüstzeug für sozialistische Politik:

„Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik“
Von LEONARD NELSON

27 Seiten

80 Pfennige

Zu beziehen

durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag (Postscheckkonto: Hannover 60643)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S

Ratssitzung zum Memeler Vorfalle.

Der litauische Außenminister, ZAUNIUS, hat an DRUMMOND telegraphiert, daß er nicht vor dem 23. Februar in Genf sein könne. Er glaubt, daß für eine beschleunigte Behandlung der deutschen Klage kein Grund vorhanden sei. Für den Fall, daß der Völkerbund die Angelegenheit für wichtig halten sollte, will Herr ZAUNIUS schon am 18. Februar nach Genf kommen!

K Königsberg, 10. Februar.

Landesdirektor SZIGAUD, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, ist am Dienstag ebenfalls von dem Gouverneur TOLISCHUS gewaltsam seines Amtes enthoben worden.

Provokateure in spanischen Gewerkschaften?

Aus Sabadell in Katalonien schreibt uns ein spanischer Genosse: „... Zur Zeit streiken in der Gegend Spaniens, in der ich wohne, seit einer Woche sämtliche Arbeiter aus fünfzehn Ortschaften. Von den Balkonen der Rathäuser dieser Orte wehen rote Fahnen. Die republikanischen Fahnen hat man heruntergeholt. Aus der Hauptstadt sind in diese Orte einige Bataillone Soldaten und Polizei geschickt worden, die den Streik und die revolutionäre Bewegung schon fast abgewürgt haben.

Wir wissen nicht genau, von wem diese revolutionäre Bewegung geführt wird, von den Kommunisten, Katholiken oder Monarchisten. In hiesigen Zeitungen liest man, Freunde des ehemaligen Königs sollen die revolutionären Aufstände von der französischen Grenze her leiten. Ich glaube das jedoch nicht. Ich vermute, die Jesuiten schüren die Streiks und die revolutionären Erhebungen, damit die Regierung alle Aufmerksamkeit auf diese richtet, und die Jesuiten samt der Kirche in der Zwischenzeit ungestört arbeiten können.“

Der IGB hat im Hinblick auf die Verletzung der Bevölkerung und die Gefährdung der Republik durch Streiks und Aufstände an den dem IGB angeschlossenen spanischen Gewerkschaftsbund eine Proklamation erlassen, in der es u. a. heißt:

„Die Vergangenheit des spanischen Gewerkschaftsbundes gibt ihm das moralische Recht, die Arbeiterschaft aufzufordern, diesen verdächtigen Provokationen zum Streik kein Gehör zu schenken. Im gegenwärtigen Augenblick würden durch einen Streik keine Probleme gelöst, hingegen würde die Lösung aller Probleme erschwert. Wir fordern deshalb alle zur Disziplin auf. Sparen wir unsere Kräfte, um sie im richtigen Augenblick wirksam für die Sache der Freiheit und den Erfolg der Forderungen der Arbeiterschaft einsetzen zu können!“

Zur Deportation der katalanischen Führer.

p Madrid, 10. Februar.

Die linksradikalen Abgeordneten der Nationalversammlung stellten den Antrag, die am Mittwoch erfolgte Deportation der Führer des katalanischen Aufstandes rückgängig zu machen, da ein solches Verfahren der Republik unwürdig sei. Der Ministerpräsident drohte mit dem Rücktritt des gesamten Kabinetts, falls der Antrag angenommen werde. Daraufhin wurde der linksradikale Antrag mit einer Mehrheit von 159 Stimmen zurückgewiesen und damit der Regierung erneut das Vertrauen ausgesprochen.

Armes Belgien.

Wie wir hören, haben sich 350 spanische Jesuiten in einem der schönsten Schlösser Belgiens eingerichtet. Es handelt sich um staatliches Besitztum, das ihnen zunächst auf drei Jahre verpachtet worden ist.

Armes Holland.

Auch nach Holland hat sich eine Anzahl Jesuiten begeben, die angeblich dort mit großer Herzlichkeit empfangen worden sein sollen; sie sollen erklärt haben, die Jesuiten seien glücklich, für den heiligen Glauben Unrecht leiden zu dürfen. Eine besondere Frechheit leisteten sie sich durch den Hinweis auf den Gerechtigkeitsinn des spanischen Volkes, das die Vertreibung der Jesuiten nicht lange aufrecht erhalten werde.

POLIKEI.

Von Leo Tolstol.

(23. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

Von draußen kamen alle Bauern aus Pokrowskoje, die Leute des Kaufmanns und sogar fremdes Volk ins Zimmer herein. Alle errieten, um was es sich handelte; aber keiner unterbrach die feierliche Rede des Alten.

„Da ist das Papier! Vierhundert Rubel habe ich dafür gegeben. Nun mache deinem Onkel aber auch keine Vorwürfe mehr!“

Ilja stand auf; aber er schwieg, da er nicht wußte, was er sagen sollte. Seine Lippen zitterten vor Aufregung; seine alle Mutter wollte schluchzend zu ihm treten und ihm um den Hals fallen; aber der Alte führte sie langsam und gebieterisch zurück und redete weiter.

„Du hast gestern zu mir ein arges Wort gesagt,“ entgegnete der Alte noch einmal; „du hast mich mit diesem Worte wie mit einem Messer ins Herz gestochen. Dein Vater hat dich mir sterbend anempfohlen; du bist von mir wie ein lieblicher Sohn behandelt worden, und wenn ich dich mit irgend etwas gekränkt habe, so muß man bedenken, daß wir allzumal Sünder sind. Nicht wahr, ihr rechtgläubigen Leute?“ wandte er sich an die herumstehenden Bauern. „Da ist auch deine liebliche Mutter und deine junge Frau, und da ist die Quittung. Mag das Geld dahinfahren, in Gottes Namen! Mir aber verzeiht um Christi willen!“

Er schlug die Rockflügel zurück, ließ sich langsam auf die Knie nieder und verbeugte sich tief vor Ilja und seiner Frau. Vergeblich suchten die jungen Eheleute ihn zurückzuhalten; er stand nicht eher auf, als bis er mit dem Kopfe die Erde berührt hatte; dann schüttelte er den Staub ab und setzte sich auf die Bank. Iljas Mutter und seine junge Frau heulten vor Freude; in der Menge wurden Aeußerungen des Beifalls laut. „Das heißt nach der Gerechtigkeit und nach Gottes Willen handeln, ja wirklich!“ sagte einer. — „Was liegt am Gelde? Für Geld kann man einen solchen Burschen nicht kaufen,“ bemerkte ein anderer. — „Nein, die Freude!“ sagte ein dritter. „Ein rechtschaffener Mensch, das muß man

Frankreich und Deutschland einander nicht sehr unähnlich.

G. K. Paris, 8. Februar.

Aus der französischen Arbeiterbewegung:

Sämtliche Arbeiter auf den Schiffswerften in St. Nazaire, die am 31. Januar wegen der Einstellung der Bauten für die Compagnie Générale Transatlantique erwerbslos geworden waren, haben am 8. Februar die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen.

In den Bezirken Nord und Pas de Calais haben sich am 8. Februar abends 26 685 Bergleute bei der Abstimmung gegen den Streik ausgesprochen, 5666 für den Streik.

Der Nationalrat des revolutionären Bergarbeiterverbandes hatte am 7. Februar beschlossen, daß die Mitglieder seines Verbandes in Streik treten.

In der „Humanité“, dem Organ der KPF, nimmt der Sekretär der Partei, THOREZ, Stellung zu der von uns gemeldeten Bildung einer Einheitsfront in Belfort, die durch Kommunisten verhindert worden war; sein Aufsatz trägt die Überschrift: „Der unzulässige Kompromiß von Belfort.“ THOREZ verurteilt die geplante Einheitsfront mit den französischen Sozialdemokraten in den schärfsten Tönen: „Kein Kampf ist möglich, ohne das Feuer des Angriffs auf die sozialistische Partei zu konzentrieren.“ Er wirft seinen Parteigenossen vor, daß sie vor der Gefahr einer „Liquidation der kommunistischen Politik und Taktik“ gestanden hätten. Er macht ihnen ferner Vorwürfe, daß sie den Fall des Soldaten CARRE (um dessentwillen das Komitee gebildet worden war) behandelt hätten, ohne von dem Krieg in China, von der Bedrohung der USSR und der Stellung der Sozialdemokraten zu all diesen Fragen mit voller Deutlichkeit zu reden.

Der Aufsatz ist gedacht als Auftakt zu dem kommenden Parteitag der KP, wozu er nach unserer Meinung auch eine linientreue Vorbereitung trifft.

Chauvinismus.

Auf der äußersten Rechten sieht man wie überall die Sicherung des Friedens nur im Aufrüsten. „Die Wölfe beklagen sich, daß meine Wachhunde zu stark sind“, sagt Marianne, während sie mit ihren Hunden die Schafherde bewacht, die offenbar auf der Zeichnung das französische Volk

darstellen soll. (Marianne ist das Sinnbild der Franzosen, wie Michel das der Deutschen.)

Die faschistischen Studenten in Paris versuchen seit einiger Zeit, alle öffentliche Propaganda pazifistischer und sozialistischer Studenten im „Quartier Latin“, dem Studentenviertel von Paris, mit Gewalt zu verhindern. Am Sonntag, dem 7. Februar, haben sie einen Verkaufstrupp sozialistischer Studenten überfallen und niedergeschlagen. Bei der Polizei konnte man beobachten, daß sie die Sozialisten nicht unterstützte, die zu 50 gegen 300 Faschisten standen. Mehr als zehn sozialistische Studenten mußten ins Krankenhaus übergeführt werden.

Frankreich und Japan.

Vor allem in Linkskreisen sind viele der Ansicht, daß die französische Regierung Japan toleriert. Man sagt z. B. (man schreibt es nicht), daß LAVAL im Herbst in Amerika HOOVER veranlaßt habe, Japan in der Mandschurei freie Hand zu lassen. So etwas ist natürlich nicht nachprüfbar. Richtiger aber scheint zu sein, daß französische Truppen in Süchina eingetrückt sind. Meldungen darüber sind niemals dementiert worden. Der „Temps“ und andere rechtsstehende Zeitungen begrüßen es, daß die Japaner mit den „Banden der Kuomintang“ aufräumen. „Echo de Paris“ bedauert, daß USA und England Japan hindern, mit den „chinesischen Horden“ Schluß zu machen. Der Widerstand der französischen Rechten richtet sich auf den sozialistischen Einfluß in China, da dieser mit seiner revolutionären Propaganda-Methode leicht auf die französischen Kolonien in Indochina überspringen könnte, in denen es ohnehin nicht ruhig ist.

Im „Populaire“ dagegen tritt BLUM sehr bestimmt gegen Japan auf; er verteidigt nicht die Interessen der französischen Zone in Shanghai, sondern die des chinesischen Volkes.

Einer der französischen Delegierten in Genf, der Marineminister DUMOND ist Präsident der Banque Franco-Japonaise, die völlig unter dem Einfluß der größten französischen Munitionsfabrik SCHNEIDER in Creuzot steht. Der Schwager von SCHNEIDER gehört dem Verwaltungsrat der Bank an. Außer ihm sitzen fünf Japaner und acht Europäer darin. Diese Verbindung SCHNEIDER-Japan-französische Regierung muß man kennen, um den Wert aller Dementis über ein Zusammengehen Frankreichs und Japans beurteilen zu können.

Mussolini im Vatikan.

g Rom, 10. Februar.

Der Friede zwischen MUSSOLINI und dem Papst soll morgen, am Jahrestag des Friedensschlusses durch einen feierlichen Besuch MUSSOLINIS im Vatikan besiegelt werden.

Auf beiden Seiten des Tiber wird diesem Besuch, durch den die Kirche und der Faschismus sich gegenseitige Duldung zusichern, die größte Bedeutung beimessen.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Dortmund-Hörde: Sonnabend, den 13. Februar, 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstraße 40. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Hamburg: Sonnabend, den 13. Februar, 20.15 Uhr, Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Der Krieg im Fernen Osten — ein Warnungssignal für das Weltproletariat.

Dienstag, den 16. Februar, 20.15 Uhr, Volkshaus Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Leipzig: Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Volkshaus Zeitzer Str. 23. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Erfreuliches aus dem schwarzen Essen!

E. L. Laut Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1931 sind von den Einwohnern Essens:

Katholiken	353 447
Protestanten	255 134
Dissidenten	40 500
Israeliten	5 016
Sonstige	2 746

Die Zunahme der Dissidenten betrug im verflossenen Jahr 3847, die Abnahme bei den Protestanten 2332, bei den Katholiken nur 118 (!). — Wünschenswert wäre, daß auch alle, die ihren Kirchenaustritt vollziehen, sich als Kämpfer gegen kirchliches Dogma und geistige Ausbeutung in die Freidenkerbewegung einreihen würden.

Dienstefrige Sozialdemokraten.

d Berlin, 10. Februar.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Reichsgericht durch Beschluß vom 25. Januar 1932 die Beschwerde gegen das vom Oberpräsidenten in Hannover Noske am 9. Januar ausgesprochene Verbot der in Hannover erscheinenden periodischen Druckschrift „Neue Arbeiterzeitung“ und durch Beschluß vom 26. Januar die Beschwerde gegen das vom Polizeipräsidenten in Berlin (ebenfalls einem SP-„Genossen“) am 8. Januar ausgesprochene Verbot der in Berlin erscheinenden periodischen Druckschrift „Das andere Deutschland“ verworfen.

sagen!“ Nur die Bauern, die zu Rekruten bestimmt waren, sagten nichts und gingen leise auf den Hof hinaus.

Zwei Stunden darauf führen die beiden Wagen Dutlows aus der Vorstadt hinaus. In dem ersten, vor den die grauschleckige Stute mit dem eingesunkenen Bauche und dem schweißbedeckten Halso gespannt war, saßen der Alte und Ignat. Im Hinterteile des Wagens wurden einige Bunde Kringel und Brezeln hin und her geschüttelt. In dem zweiten Wagen, den niemand lenkte, saßen erhrbar und glücklich die junge Frau und ihre Schwiegermutter, beide mit Kopftüchern. Die junge Frau hielt eine Brantweinflasche unter der Schürze. Ilja saß gebückt auf dem rüttelnden Vorderteil, den Pferden den Rücken zuwendend, mit gerötetem Gesicht, als eine Brezel und redete unaufhörlich. Die Stimmen und das Rasseln der Wagen auf dem Pflaster und das Schnauben der Pferde, alles floß zu einem einzigen heiteren Tone zusammen. Die Pferde, welche merkten, daß es nach Hause ging, schlugen mit den Schwänzen und verstärkten ihren Trab. Die Vorübergehenden und Vorüberfahrenden sahen sich unwillkürlich nach der vergnügten Familie um.

Gerade am Rande der Stadt kam die Familie Dutlow an einer Gruppe von Rekruten vorbei. Diese standen vor einer Schenke im Kreise umher. Ein Rekrut mit jenem natürlichen Ausdruck, den ein kahlgeschorener Schädel dem Menschen verleiht, hatte sich die graue Uniformmütze in den Nacken zurückgeschoben und spielte flott die Balalaika; ein anderer, ohne Mütze, mit einer Brantweinflasche in der einen Hand, tanzte in der Mitte des Kreises. Ignat hielt das Pferd an und stieg ab, um die Fimerstränge festzubinden. Alle Dutlows schauten mit lebhaftem Interesse, beifällig und vergnügt, dem Tänzer zu. Der Rekrut sah, wie es schien, niemanden, fühlte aber, daß das ihn bewundernde Publikum immer zahlreicher wurde, und das verlich ihm noch mehr Kraft und Geschicklichkeit. Er tanzte sehr gewandt. Seine Augenbrauen waren zusammengezogen, sein gerötetes Gesicht unbeweglich; auf seinen Lippen war ein Lächeln zurückgeblieben, das schon längst jede Bedeutung verloren hatte. Alle Kräfte seiner Seele schienen darauf gerichtet zu sein, möglichst schnell einen Fuß nach dem andern bald auf den Hacken, bald auf die Spitze zu stellen. Manchmal hielt er plötzlich inne, gab dem Balalaika-

spieler mit den Augen einen Wink, und dieser ließ dann alle Saiten noch flinker erklingen und klopfte sogar mit den Knöcheln auf die Decke des Instrumentes. Der Rekrut hielt inne; aber auch wenn er regungslos dastand, schien er doch zu tanzen. Auf einmal begann er sich langsam zu bewegen, indem er mit den Schultern zuckte, und schnellte sich dann plötzlich in die Höhe, kauerte beim Herunterfallen nieder und stieß in dieser Haltung mit wildem Kreischen die Beine abwechselnd nach vorn. Die Knaben lachten; die Frauen wiegten die Köpfe hin und her; die Männer lächelten beifällig. Ein alter Unteroffizier stand ruhig neben dem Tänzer, mit einer Miene, welche besagte: „Euch kommt das wunderbarlich vor; aber unsereiner kennt das alles schon ganz genau.“ Der Balalaika-spieler war sichtlich müde geworden, blickte träge um sich, griff einen falschen Akkord und klopfte auf einmal mit den Fingern auf die Decke des Instrumentes. Der Tanz war zu Ende.

„Sieh mal, Alexei!“ sagte der Balalaika-spieler zu dem Tänzer, indem er auf Dutlow zeigte: „Da ist dein Pate!“

„Wo? Ah, du mein lieber Freund!“ rief Alexei, eben jener Rekrut, welchen Dutlow gekauft hatte, und mit müden Beinen vorwärts taumelnd und die Brantweinflasche über den Kopf hehend, kam er auf den Wagen zu. „Michail! Ein Glas!“ schrie er. „Du mein lieber Freund! Das ist einmal eine Freude, wirklich! . . .“ rief er, sank mit seinem benommenen Kopfe in den Wagen und wollte die Bauern und die Frauen mit Schnaps traktieren. Die Bauern tranken; die Frauen lehnten ab. „Ihr lieben Leute, womit kann ich euch beschenken?“ schrie Alexei und umarmte die Alten.

In dem Menschenschwarme stand eine Händlerin mit EBwaren; Alexei erblickte sie, nahm ihr ihre Mulde aus den Händen und schüttelte den ganzen Inhalt in den Wagen.

„Sei unbesorgt; ich bezahle alles; hol's der Teufel!“ rief er mit weinerlicher Stimme, zog sogleich einen Tabaksbeutel mit Geld aus den Hosen und warf ihn dem Schankwirte zu.

Er stand da, mit den Ellbogen auf den Wagen gestützt, und blickte die darin Sitzenden mit feuchten Augen an.

„Welche ist die Mutter?“ fragte er. „Du doch wohl? Der muß ich auch etwas schenken.“

(Schluß folgt.)

Steuer- und Sozialpolitik in den U.S.A.

Steuerpolitik.

MELLON, dessen Reichtum (wenigstens bis zum Ausbruch der Krise) nur von dem Vermögen FORDS übertroffen wurde, ist der mächtigste und gleichzeitig konservativste Mann im Kabinett HOOVERS gewesen. Seine Entsendung als Botschafter nach London bedeutet wohl in erster Linie eine Vorbereitung für die kommenden europäischen Schulden-Verhandlungen. Wie erinnerlich, wurde MELLON im vorigen Juni nach Europa gesandt; und es war während seines Aufenthaltes in London, daß das HOOVER-Feierjahr erklärt wurde. Während LAVALS Reise nach Washington, im Oktober 1931, hatte HOOVER sich damit einverstanden erklärt, LAVAL für eine bestimmte Frist in der Reparationsfrage freie Hand zu lassen. Diese Frist soll, wie wir hören, drei Monate betragen haben, und ist jetzt abgelaufen.

Teilweise mag MELLONS Abkommandierung jedoch auch zur Folge haben, daß der Widerstand der Bundesregierung gegen eine gewisse Aenderung der amerikanischen Steuer- und Sozialpolitik nachläßt.

Was die Steuerfrage anlangt, so waren Einkommen unter 1500 Dollar bisher auf alle Fälle, und Einkommen unter 3500 Dollar bei verheirateten Personen von der Bundeseinkommensteuer befreit. Die Bundessteuer betrug bisher nur 1½ Prozent für die ersten 4000 Dollar, die über das steuerfreie Minimum hinausgehen. — Hinsichtlich der Steuer der Einzelstaaten gelten zum Teil ähnliche Sätze. Im Staat New York sind Einkommen bis zu 2500 Dollar überhaupt, bis zu 4000 Dollar bei Verheirateten steuerfrei. Die Steuer auf die ersten 10 000 Dollar, die darüber hinaus als Einkommen zu veranlagen sind, betrug bisher nur 1 Prozent. Die Städte erheben insbesondere Realsteuern, z. B. Steuern auf Grund und Boden.

Für die Arbeiterschaft war dies eine günstige Regelung; für die Farmer liegen die Dinge anders. Ihre Einkommen sind infolge der seit Jahren währenden internationalen Agrarkrise sehr niedrig. Die Lasten ihrer staatlichen und kommunalen Verwaltungen sind keineswegs ebenso gesunken (zum Teil, da sie aus Schuldzinsen bestehen). Die Last der Steuern, insbesondere der Bodensteuern, ist daher in den Farmergegenden sehr drückend.

Infolge der Arbeitslosigkeit sind die Wohlfahrtsausgaben der Einzelstaaten und vor allem der Städte gestiegen; die Bundesregierung hat es bisher nach wie vor abgelehnt, eine Arbeitslosen-Unterstützung (die herablassend „dole“, d. h. Almosen genannt wird) einzuführen. Andererseits sind die Steuereingänge gesunken. Das Defizit der öffentlichen Haushalte steigt auch in der Union überall. Der Haushalt des Bundes allein soll das auch für amerikanische Verhältnisse sehr hohe Defizit von über zwei Milliarden Dollar aufweisen.

Bisher hat man diesen Fehlbetrag größtenteils durch Verkauf kurzfristiger Schuldverschreibungen bestritten. Zur endgültigen Deckung sollen jetzt die Steuern erhöht werden. Die hochkapitalistischen Kreise sprechen von der „Ungerechtigkeit“, daß eine verhältnismäßig kleine Schicht von Einkommensträgern die ganzen Einkommenssteuern aufbringt; sie fordern daher Herabsetzung der Grenze der Steuerfreiheit und Erhöhung der Steuersätze für die niedrigeren Einkommen. — Andere Bevölkerungskreise fordern natürlich das Gegenteil. Insbesondere die Demokratische Partei tritt ein für verhältnismäßig stärkere Heranziehung der besitzenden Schichten. Sie will auch Steuern einführen, die bisher in Amerika nicht üblich waren; so eine Schecksteuer, eine Börsenumsatzsteuer.

Diese Haltung der Demokratischen Partei ist hauptsächlich aus wahltechnischen Gründen wichtig, wegen der in diesem November fälligen Präsidentenwahl. An und für sich unterscheiden sich die Demokratische und Republikanische Partei wenig. Seit der Amtszeit des Präsidenten WILSON, einem Demokraten (1913—1920), ist die Republikanische Partei im Amt. Daß eine Partei, in deren Amtszeit eine Krise fällt, für das Ende der „prosperity“ verantwortlich gemacht wird, ist üblich; und so ist ein Sieg der Demokraten im Herbst wahrscheinlich.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Ein Sieg der Demokraten hat nicht nur Bedeutung für die Steuerpolitik, sondern auch vielleicht für die Versorgung der Arbeitslosen. Bis zum Jahre 1930 lag alle soziale Fürsorgetätigkeit in den Händen privater Organisationen, vor allem des Roten Kreuzes. Sogar die Linderung der Not bei der Ueberschwemmung des Mississippi vor einigen Jahren wurde vom Roten Kreuz organisiert. Die Summen, die so aufgebracht wurden, waren früher verhältnismäßig bedeutend. Die „Honoratioren“ in den verschiedenen Städten stellten sich an die Spitze von Sammlungen. Organisationen wie der Christliche Verein junger Männer arbeiteten mit. Genau so, wie in Amerika Universitäten zum großen Teil aus privaten Mitteln unterhalten werden, betätigte sich die private Initiative auch bei der Finanzierung sozialer Aufgaben.

Dies ist aber kein Beweis besonderer sozialer Gesinnung, sondern das Gegenteil. Die führenden Kreise in Amerika waren und sind daran interessiert, jeden Ansatz einer staatlichen Fürsorge zu verhindern, mag es sich nun um Arbeitslosen-Versicherung oder auch nur um Kranken- oder Invaliden-Versicherung handeln. Ja es gibt noch nicht einmal eine offizielle Arbeitslosen-Statistik. Und bei der neuesten Volkszählung hat es sogar einen großen Kampf im Kongreß gekostet, um wenigstens für jenen einmaligen Stichtag (zum ersten Mal) die damals vorhandenen Arbeitslosen zu zählen. — Dies alles wird verbrämt durch das Schlagwort vom „amerikanischen Individualismus“, demgemäß die Initiative von einzelnen ausgehen sollte. Natürlich müssen unter solchen

Umständen die Prediger dieser Lehre die gepriesene Initiative wenigstens etwas in Erscheinung treten lassen. Früher hat diese Initiative auch genügt, um die schlimmste Not zu lindern. Heute aber reicht diese Methode natürlich nicht mehr aus. Die Zahl der Arbeitslosen in Amerika ist, wie wir am 4. Februar meldeten, auf 8,3 Millionen gestiegen.

Aus diesem Grund hat die von Hoover im Herbst 1930 eingesetzte Kommission unter der Leitung des Obersten ARTHUR WOODS die Prüfung der Frage empfohlen, ob die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung in der Union empfehlenswert sei. Aber selbst dieser vorsichtig formulierte Vorschlag aus dem Frühjahr 1931 wurde nicht genehmigt, höchstwahrscheinlich wegen des Widerstandes von Hoover und MELLON. Man darf es wohl auf solche Meinungsverschiedenheiten zurückführen, daß WOODS sein Amt niederlegte und sein Stellvertreter, CROXTON, die Leitung der Kommission übernahm.

Um jene Zeit voreilte Hoover auch andere sozialpolitische Vorschläge, so die Gesetzesvorlagen des demokratischen Senators WAGNER. Dagegen wurden auf Befürwortung des Arbeitsministeriums 883 000 Dollar (also ganze vier Millionen Mark) bewilligt für den Ausbau der Arbeitsvermittlungstellen der Bundesregierung. Wie berichtet wird, wurde die Zahl der Vermittlungsstellen von 279 auf 332 erhöht. In jedem Staat wurde ein verantwortlicher Direktor mit einem Gehalt von 5000 Dollar ernannt. Die Tätigkeit dieser Stellen wird als sehr fragwürdig bezeichnet.

Nach den Wahlen vom November 1931 haben die Demokraten das Übergewicht im Kongreß gewonnen. Mitte Januar bewilligte der Senat 375 Millionen Dollar Bundesgelder für die Arbeitslosenunterstützung. Daß das ganze System revidiert wird und eine gründlichere Unterstützung der Arbeitslosen mit Bundeshilfe auf die eine oder andere Weise zustande kommt, ist unter dem Druck der Not bei einem Sieg der Demokratischen Partei wohl möglich.

Lohnabbau.

Nicht nur ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, sondern auch der Lohnabbau schreitet fort. Zu Anfang der Krise hatte Hoover mit den Wirtschaftsführern auf einer Konferenz vom 21. November 1929 verabredet, „während der Dauer der gegenwärtigen Situation keine Lohnkürzungen und Entlassungen über das normale Maß hinaus vorzunehmen“. Diese Verabredung beruht auf der in Amerika weit verbreiteten Anerkennung der Tatsache, daß die Kaufkraft der Massen die Grundlage der Wirtschaftstätigkeit ist. Sogar der Präsident der Bethlehem Steel Company, der zweitgrößten Stahlgesellschaft, hat eine ganze Broschüre hierüber geschrieben. Sie trägt den bezeichnenden Titel „Distributed Prosperity“ (Verteilter Wohlstand).

Aber jene Verabredung vom November 1929 wurde allmählich mehr und mehr durchlöchert. In einigen Betrieben wurden die Arbeiter veranlaßt, sich privat mit niedrigeren Löhnen einverstanden zu erklären. In anderen Betrieben benutzte man das scheinheilige Mittel, den Arbeitern den bisher üblichen Lohn auszuzahlen unter der stillschweigenden Verabredung, daß die Arbeiter einen bestimmten Teil des Lohnes an die Betriebskasse „freiwillig“ zurückzahlten. Schließlich kam es mehr und mehr zu offenen Lohnherabsetzungen.

Lohnabbau und Entlassungen unterminieren natürlich auch in Amerika das Einkommen der Massen; dadurch wird die Absatzstocckung und somit die Krise verschärft. Ueber kurz oder lang werden auch die Vereinigten Staaten nicht darum herum kommen, ihre Sozialpolitik grundsätzlich zu ändern.

Herbert Reinemann.

(Ein zweiter Artikel, über die Versuche zur Belebung der Konjunktur durch Arbeitsbeschaffung und Kreditpolitik, folgt.)

Die polnische Schwerindustrie.

Die Lage in der polnisch-oberschlesischen Eisenindustrie hat sich zu Ende vergangenen Jahres außerordentlich verschlechtert. Während zum Beispiel die Rohstahlerzeugung von Januar bis Oktober im Durchschnitt monatlich 72 000 Tonnen betrug, sank sie im November auf 28 700 Tonnen und im Dezember auf 17 800 Tonnen. Ähnlich verhalten sich die entsprechenden Zahlen für die Erzeugung von Walzwerkprodukten. Dieser scharfe Rückgang ist eine Folge der Einstellung der Lieferungen nach der Sowjetunion und der Verringerung der inländischen polnischen Nachfrage.

Die Produktion der gesamten polnischen Eisenindustrie verringerte sich folgendermaßen:

	Erzeugung		Rückgang gegenüber
	1930	1931	1930
Roh Eisen	478	347	27 %
Rohstahl	1 037	1 037	16 %
Walzwerkprodukte	904	753	17 %
Röhren	90	63	30 %

Im Dezember 1931 wurden kaum 50 Prozent der Erzeugung des Dezember 1930 erreicht.

Der Inlandabsatz ist während des vergangenen Jahres um 29 Prozent zurückgegangen, der Export dagegen nur um 4 Prozent. Die starke Verschärfung der Krise zu Jahresende ist teilweise darauf zurückzuführen, daß weitere Lieferungen nach Rußland nicht mehr gemacht werden konnten, da die Russen-Wechsel den polnischen Lieferanten nicht mehr abgekauft werden sind.

In den Jahren 1928—1930 hat sich die Erzeugung von Stahl und Walzwerkprodukten in der oberschlesischen Eisenindustrie im Durchschnitt auf 80 bis 85 Prozent des Vorkriegsstandes gehalten. Die Belagschaft war dagegen zu Ende 1931, bei weitaus verringerter Produktion, noch höher als im Jahre 1913. Sie betrug damals 27 688 und jetzt 29 055.

Die gesamte polnische Steinkohlenförderung ist während des vergangenen Jahres um 2,1 Prozent gestiegen. Sie betrug 1930 insgesamt 37 492 000 Tonnen und 1931 schätzungsweise 38 266 000 Tonnen. Der Binnenabsatz ging gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent zurück, während die Kohlenausfuhr um 11,8 Prozent zunahm. Die Ausfuhr nach den nordischen Märkten, auf denen die englische Konkurrenz am stärksten ist, erhöhte sich um 51,2 Prozent.

Auch in Oesterreich fehlt eine planmäßige Siedlungspolitik.

Seit einiger Zeit werden in Oesterreich größere Teile des Großgrundbesitzes abgesplittert und in Bauernland übergeführt; denn der Großgrundbesitz ist bemüht, Bargeld zu bekommen. Manche Grundstücke werden freihändig, andere durch Versteigerung verkauft. Oft tritt eine Vermittlungsstelle ein. Dafür gibt Dr. Ing. HERRMANN KALLBRUNNER im „Oesterreichischen Volkswirt“ einige Beispiele:

1. Fürst LIECHTENSTEIN verkaufte zum Einheitspreis von 2000 Schilling (1 Schilling = 60 Pfennig) pro Hektar 58 Hektar an die Gemeinde Raipoltenbach bei Neulengbach, die sie an 28 Kleinbauern weitergab. Sie stellte den Verkaufspreis entsprechend dem Wert der Parzellen mit 1070 bis 2400 Schilling fest. Der Ankauf wurde den Bauern durch Darlehen der Raiffeisenkasse zu 8½ Prozent Zinsen möglich gemacht.

2. In der Gemeinde Loiben bei Krems wurde von einer Genossenschaft von Kleinbauern das Weingut Dienstl für 400 000 Schilling erworben. Die Größe betrug 96 Joch (1 Joch gleich 0,58 Hektar). Jedes der 45 Mitglieder erhielt 3 Weingärten, einen Acker und allenfalls eine Gartenparzelle. Der restliche Teil von 6½ Joch und Baulichkeiten wurden verkauft. Die Kaufsumme wurde beschafft durch die Anteile der Mitglieder von je 1000 Schilling, 180 000 Schilling für verkaufte Gebäude und Grundstücke und den Erlös der Ernte der Weingärten 1931. Der Rest der Kaufsumme soll von den 45 Genossen zu gleichen Teilen aufgebracht werden. Er ist vorgestreckt worden vom Verband Landwirtschaftlicher Genossenschaften zu 8 bzw. 9½ Prozent Zinsen.

3. In Puttenbach im Burgenland gelangte ein 520 Joch großes Gut zum Zwangsverkauf an den Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften des Burgenlandes. Aus den Baulichkeiten wurden 8 Bauerngehöfte gemacht mit entsprechenden Grundstücken. Der Rest des Grundbesitzes wurde an 150 Kleinbauern verteilt, die auf diese Weise ihren Besitz zu lebensfähigen Anwesen ausgestalten konnten. Die Kaufpreise werden auf zehn Jahre gestundet und sind mit 5 Prozent zu verzinsen.

Solche Absplittierung von Großgrundbesitz ist leicht möglich, wo 1. geeignete Personen die verantwortungsvolle Arbeit des Verkaufs durchführen, wo 2. in der nächsten Umgebung genügend Kleinbauern vorhanden sind, welche finanziell in der Lage sind, Grund zu erwerben.

Ein Mangel: Es fehlt jedes System. Auswahl des Gutes, sowie der Käufer ist dem Zufall überlassen. Kü.

Die „Not“ der deutschen Bierbrauereien.

Um die Not des deutschen Brauereigewerbes zu beleuchten, veröffentlichen wir hier Dividenden, die kürzlich von Brauereien angekündigt worden sind.

Die Brauerei Schwartz-Storchen AG (Speyer) verteilt 6 Prozent gegenüber 12 Prozent im Vorjahr. — Hildorfer Brauerei Friede AG (Köln). Vorschlag des Aufsichtsrats, die Dividende von 10 auf 7 Prozent zu ermäßigen. — Die Brauerei Hemtinger-Kempff-Stern AG (Frankfurt) schüttet im diesem Jahr eine Dividende von 7 Prozent gegenüber 9 Prozent im Vorjahr aus. — Die Wicküler-Küpper-Brauerei AG (Eibfeld), ebenso wie die AG Schwabenbräu (Düsseldorf) und die Riebeck-Partuscha Brauerei AG (Torgau) werden ihre Dividenden auf 8 Prozent ermäßigen. — Auch die AG Hackerbräu verteilt für das vergangene Jahr 8 Prozent nach 12 Prozent im Vorjahr. — Die Dortmunder Hansa-Brauerei will ihre Dividende von 13 Prozent auf 9 Prozent herabsetzen. — Die Bill-Brauerei (Hamburg) verteilt 10 Prozent Dividende. — AG Brauerei Ponarth (Königsberg). Vorschlag des Aufsichtsrats: nach 18 Prozent in den beiden Vorjahren nur noch 12 Prozent auf die Stammaktien zu verteilen. — Die Tochtergesellschaft der Eichbaum-Werger-Brauereien AG (Worms), die Aktienbrauerei Saarlouis, berichtet, daß der Absatz im vergangenen Jahr nicht wesentlich abgenommen hat; der Generalversammlung soll die Verteilung von 15 Prozent Dividende vorgeschlagen werden.

Trotz Biersteuer und Schrumpfung des Absatzes haben Brauereien also auch im Krisenjahr 1931 noch Gewinne erzielt, deren Bekanntgabe die Klagen der Brauereibesitzer über ihre Notlage nicht gerade unterstützen kann. Um so weniger ist es zu verstehen, daß von der endlich vorgenommenen Bierpreissenkung die Schankwirte mehr betroffen sind als die Brauereien. Die Schankwirte arbeiten mit weit weniger Gewinn als die Brauereien und sind den Brauereien noch dazu mit insgesamt einer halben Milliarde Mark verschuldet. Ihre Notlage würde also weit eher Berücksichtigung verdienen als die der Brauereien.

Bierpreissenkung, wenn . . .

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat bestimmt, daß die Senkung der Bierpreise über den 15. Februar hinausgeschoben werden kann, wenn sich besondere Schwierigkeiten bei der Umstellung ergeben sollten, die vor dem ursprünglich festgesetzten Datum nicht beigelegt werden können. Die Preissenkung soll zum Beispiel aufgeschoben werden, wenn die Umstellung der Registriermaschinen nicht vor dem 15. Februar vorgenommen werden kann.

Fällt es Herrn GOERDELER nicht auf, daß ähnliche Schwierigkeiten in den Büros der Großbetriebe noch nie gegen eine rasche Durchführung von Lohnkürzungen geltend gemacht worden sind?

Abstinenz macht sich bezahlt.

Ein kleiner Ort in Japan, Kawaidani, beschloß vor gut fünf Jahren, ein fünfjähriges Alkoholverbot einzuführen. Vor Beginn des Verbotes war Kawaidani zu arm, den Kindern eine Schule geben zu können. Außerdem waren Schulden im Betrage von 14 000 Dollar aufgenommen worden. Nach Ablauf dieses „Fünfjahres-Plans“ waren nicht nur die Schulden getilgt, sondern es war außerdem ein modernes Schulgebäude im Werte von 22 500 Dollar errichtet worden. Die Sparkassenkonten wuchsen während der Zeit um 34 700 Dollar. Angesichts dieser Ergebnisse beschlossen die Einwohner von Kawaidani, sofort eine zweite fünfjährige Abstinenzperiode beginnen zu lassen.

W. H.